

Berlin Brief

VON JOSIP JURATOVIC,
MITGLIED DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES



AUSGABE 185, 2. OKTOBER 2015

Bürgerbüro Josip Juratovic
Untere Neckarstraße 50
74072 Heilbronn
07131/783616
josip.juratovic@bundestag.de
www.juratovic.de
www.facebook.com/josipjuratovic

*Sehr geehrte Damen und Herren,
Liebe Freundinnen und Freunde,*

am morgigen 3. Oktober jährt sich die **Deutsche Einheit** zum 25. Mal. Die Einheit ist heute auf einem guten Weg, aber noch nicht abgeschlossen. Die ostdeutschen Bundesländer liegen bei Wirtschafts- und Steuerkraft noch deutlich hinter der Gesamtheit der alten Bundesländer. Doch die Lebensverhältnisse gleichen sich an. Mittlerweile sind die Unterschiede innerhalb des Ostens und innerhalb des Westens größer als jene zwischen Ost und West. Gute Lebensverhältnisse und die Chance auf gute Bildung dürfen aber keine Frage des Wohnorts sein. Es muss auch nach dem Auslaufen des Solidarpakts eine Förderung strukturschwacher Regionen in Ost-, aber auch in Westdeutschland geben. Deshalb setzen wir uns für eine Strukturförderung nach 2019 ein, die strukturschwachen Städten und Regionen in ganz Deutschland auf die Beine hilft.

Der Tag der Deutschen Einheit erinnert uns daran, welche Aufbau- und Integrationsleistung unser Land in den vergangenen Jahren mit Tatkraft und Solidarität erfolgreich geschafft hat. Bei der Wiedervereinigung ist unsere Gesellschaft über sich hinaus gewachsen. Angesichts der vielen Flüchtlinge, die wir aktuell in Deutschland willkommen heißen, schreiben wir nun ein weiteres Kapitel deutscher Mitmenschlichkeit.

**EIN AUSZUG AUS MEINEM
TERMINKALENDER –
ICH FREUE MICH, SIE ZU
TREFFEN:**

Einweihung Bahnhofplatz
Sa. 3.10., 11 Uhr
Weinsberg

**GemEinheitsNacht: Kabarett
mit Gauwahren (Heilbronn) &
Oderhähnen (Frankfurt/Oder)**
Sa. 3.10., 20 Uhr
Heilbronn, K3, Ebene 3

**Brücken der Kulturen
Interkulturelle Begegnung u.a.
mit Kammersänger Guy Ramon**
Di. 6.10., 19.30 Uhr
Neckarsulm, Musikschule

**Veranstaltung der Wirtschafts-
junioren: Berlin im Dialog**
Mi. 7.10., 19 Uhr
Heilbronn, Volksbank, Allee 20

**Roter Herbst des
SPD-Ortsvereins Adelshofen**
Sa. 10.10., 18 Uhr
*Eppingen-Adelshofen, Hockis
Scheune, Hilsbacher Str. 6*

*Berlin-Brief abonnieren? Mail an
josip.juratovic@bundestag.de!*

Auch heute ist beherztes Handeln nicht nur der Gesellschaft, sondern ebenso der Politik gefragt. Nachdem sich Bund und Länder in der vergangenen Woche auf ein ausgewogenes **Asylpaket** verständigten, brachten wir in dieser Woche im Bundestag die notwendigen gesetzlichen Voraussetzungen auf den Weg.

Ab 2016 erhalten die Länder für die Dauer des Asylverfahrens eine monatliche Pauschale von 670 Euro pro Flüchtling. Damit löst der Bund sein Versprechen ein, sich ab 2016 strukturell und dynamisch an den Kosten für Flüchtlinge zu beteiligen. Für dieses Jahr wird der Bund seine Soforthilfe nochmals auf insgesamt 2 Milliarden Euro verdoppeln. Der Bund greift Ländern und Kommunen zusätzlich unter die Arme, indem er einen finanziellen Beitrag von 350 Millionen Euro zu den Kosten für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge leistet. Darüber hinaus können die Länder eine elektronische Gesundheitskarte für Flüchtlinge einführen. Die Kosten hierfür werden von der öffentlichen Hand getragen, gehen also nicht zu Lasten der Versicherten und der gesetzlichen Krankenkassen.

Deutschland muss auch künftig in der Lage bleiben, Asylsuchende aufzunehmen, die unseren Schutz brauchen. Mit unserem Koalitionspartner haben wir uns daher auf Maßnahmen verständigt, damit Menschen ohne Bleibeperspektive schnell wieder ausreisen. Die Frage, wer Schutz braucht und wer nicht, wird weiterhin in einem fairen Verfahren und nach Maßgabe des im Grundgesetz verbürgten Rechts auf Asyl entschieden.

Wir wollen allen in unserem Land eine gute Lebensperspektive bieten. Den Menschen, die schon hier leben, und denjenigen, die neu nach Deutschland kommen. Deshalb ist es ein großer Erfolg, dass die SPD im Rahmen der Verhandlungen in der vergangenen Woche mehr **Geld für Familien**, den **sozialen Wohnungsbau** und für den **öffentlichen Nahverkehr** durchgesetzt hat:

- Wir haben dafür gesorgt, dass die freiwerdenden Mittel aus dem Betreuungsgeld nicht in den allgemeinen Bundeshaushalt zurückfließen, sondern den Ländern für Ausbau und Verbesserung der Kinderbetreuung zu Verfügung stehen. Damit unterstützen wir alle Familien, die auf gute Betreuungsplätze angewiesen sind.
- Gegen Widerstand aus der Union haben wir zudem erreicht, dass der Bund den sozialen Wohnungsbau deutlich stärkt. Von 2016 bis 2019 wird der Bund hierfür 2 Milliarden Euro zusätzlich bereitstellen und Liegenschaften verbilligt abgeben.
- Wir haben darüber hinaus vereinbart, den öffentlichen Nahverkehr zu stärken. Die sogenannten Regionalisierungsmittel werden von 7,3 Milliarden Euro auf 8 Milliarden Euro jährlich erhöht und steigen künftig um 1,6 Prozent pro Jahr. Zudem werden die Mittel für die Gemeindeverkehrsfinanzierung bis 2019 fortgeführt. Damit erhalten die Länder die notwendige Planungssicherheit für Straßenbau und den ÖPNV.

Die Herausforderungen der kommenden Monate und Jahre werden eine gesellschaftliche Aufgabe sein. Die Politik muss die Rahmenbedingungen dafür schaffen. Dass wir hierbei auf einem guten Weg sind, ist der Erfolg vieler Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, die Verantwortung übernehmen: in Berlin, Brüssel, den Bundesländern, den Städten und Gemeinden.

Mit freundlichen Grüßen

